

11. November 1942 vor 70 Jahren marschierten deutsche und italienische Truppen in die bisher noch nicht besetzten Gebiete Frankreichs ein.

13. November 1937 vor 75 Jahren begann in Paris eine Europäische Konferenz für Recht und Freiheit in Deutschland.

Linkes Blatt ^{DIE LINKE.}

20. Ausgabe / 22. Jahrgang

Für Halle

13. November 2012

NSU-Terrorserie: Wo bleiben ernsthafte Konsequenzen?

Matthias Höhn, Bundesgeschäftsführer

Durch einen Ermittlungszufall und ein zeitgleich verschicktes Bekennervideo flog vor einem Jahr der NSU auf. Der „Nationalsozialistische Untergrund“, wie sich das Mörder-Trio nannte, ist verantwortlich für eine über ein Jahrzehnt dauernde rechtsextreme Terrorserie, die mindestens zehn Menschen das Leben kostete. Jahrelang konnte das Trio unentdeckt morden, wurden Ermittlungen nach rechts nicht einmal angedacht, die Opfer durch den Begriff „Döner-Morde“ regelrecht verunglimpft.

Was ist seitdem passiert?

Natürlich versprach der Innenminister die schnellstmögliche, gründliche Aufklärung. Untersuchungsausschüsse des Bundestages und in Landtagen nahmen ihre Arbeit auf, hier und da verloren Chefs von Landesverfassungsschutzämtern ihre Posten. Beinahe wöchentlich tauchen neue Fragen über die Verstrickungen und die Kenntnisse der Behörden auf. Akten wurden geschreddert, verloren und wiedergefunden, V-Leute abgezogen, stillgelegt und doch für wichtig befunden. Das kollektive Versagen der Sicherheits-

behörden im NSU-Fall ist offensichtlich und Schlamperie scheint Methode zu haben.

Was ist erreicht?

Die Taten selbst und die ans Licht gekommenen Ermittlungspannen im Laufe der Jahre haben endlich zu einer breiten Diskussion über Sinn und Unsinn von Geheimdiensten geführt. Es stellte sich heraus, dass rassistische Denkmuster in den Behörden erst für falsche Fahndungsansätze und später für das Gesamtversagen mitverantwortlich waren, die sprichwörtliche Blindheit auf dem rechten Auge. Seitdem steht DIE LINKE nicht mehr allein mit ihrer Forderung nach Abschaffung des Inlandsgeheimdienstes, der sich absurderweise Verfassungsschutz nennen darf. Die Untersuchungen haben auch gezeigt, dass die Verbindungen zwischen der NPD, dem NSU und rechtsextremen Tätern enger waren und sind, als angenommen. Die NPD zu verbieten, sie von staatlicher Finanzierung auszuschließen, ist unabdingbar.

Weiter auf Seite 7

1. Dezember 2012, ab 10:00 Uhr

Kulturtreff Halle-Neustadt

Stadtparteitag DIE LINKE *Gesamtmitgliederversammlung*

Alle Mitglieder des Stadtverbandes DIE LINKE Halle sind herzlich eingeladen.

(siehe auch Seite 5)

Bürgersprechstunde zum Hufeisensee

Ein Investor möchte angrenzend zum Hufeisensee einen Golfplatz errichten - auf einer alten Deponie, in der auch giftiger Müll lagert. Die von der Stadt geplante Umnutzung des Geländes am „Hufi“ bewegt die Menschen, wie die über 30 Bürgerinnen und Bürger bewiesen, die am Morgen des Reformationstages den Weg in den "Büschdorfer Hof" fanden, um mit dem Stadträten Dr. Petra Sitte und Uwe Köck über die Zukunft des Naherholungsgebietes zwischen Büschdorf und Kanena zu beraten.

In der lebhaften Debatte wurde schnell klar, dass es den Anwohnern keinesfalls darum geht, einen Golfplatz zu verhindern. Doch warum soll der ausgerechnet auf einer (Gift-)Mülldeponie angelegt werden? Dass die Stadt auch noch erwägt, diese Deponie zu kaufen, stieß auf völliges Unverständnis: „Jede Gemeinde ist froh, wenn sie ihren Müll los ist und das klamme Halle kauft sich eine giftige Deponie? Es weiß doch niemand, was das für Folgekosten nach sich

zieht“, gab ein Anwohner zu bedenken. Geschlossen sprachen sich die Bürgerinnen und Bürger dafür aus, die begrünte Deponie als das zu erhalten, was sie ist: ein Naherholungsgebiet für alle.

Anstatt sich um die Interessen des Investors zu sorgen, solle sich die Stadtverwaltung besser um das Bestehende kümmern.

„Der Hufi liegt im Dornröschenschlaf,“ wie Uwe Köck es formulierte. Die Stadt gebe sich bislang alle Mühe, die Rosen ungestört wuchern zu lassen.

Diese Einschätzung wurde auch von den Bürgerinnen und Bürgern geteilt: zu wenige Müllkübel sowie schlechte Rad- und Fußwege zählten sie zu den dringendsten Problemen. Zudem sei es Rettungskräften an vielen Stellen unmöglich, den See zu erreichen.

Petra Sitte und Uwe Köck danken den Bürgerinnen und Bürgern für das offene Gespräch und die zahlreichen Anregungen für die Arbeit im Stadtrat.

24.11.
2012

ab 20h
Einlass

**SOLO FÜR DEN
OPFERFONDS BEIM MITEINANDER E.V.**

ashack

DJS

BANDS

SOULNITZ / Headphonica
DJ HANSI / Materio
FUZZ GALAXY BUZZ

SUDDENLY HUMAN
SOWAS
BLACK TEQUILA

TURM
Friedemann-Bach-Platz 5
in HALLE (SAALE)

Mindestspende 6 Eur + freiwillige Spende

linkslegend
solid
Halle der 407 Straße

TURM

sds.dielinke
DIE LINKE HALLER BÜRGERSCHAFT

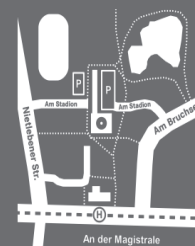
STREIK!

POLITISCHER STREIK?

ERLAUBT? VERBOTEN?

Vortrag - Diskussion

15. November 2012 - 18.30 Uhr



DIE LINKE.

Kulturtreff
Halle-Neustadt
Am Stadion 6
06124 Halle

Arbeitskampf war erfolgreich

Nach 117 Streiktagen wurde Tarifvertrag für S-Direkt abgeschlossen

(SK)Halle ist die heimliche Hauptstadt der Call-Center-Branche. Ein zweifelhafter Ruf, wenn man bedenkt, dass es sich hier um eine Branche handelt, in der Tarifverträge ein Fremdwort sind und Niedriglöhne sowie hoher Arbeitsdruck mit schlechten Arbeitsbedingungen auf der Tagesordnung stehen. In dieser Branche findet sich durchweg prekäre Beschäftigung mit Zeitverträgen, Tarifverträge und Betriebsräte sind oft ein Fremdwort.

Ein solches Call-Center, das seit 1996 in Halle existiert, ist die S-

Casinos von Großbanken abwickeln. DIE LINKE steht zu den Sparkassen, für uns sind sie wichtiger Teil der Daseinsvorsorge, im Bundestag, in den Landtagen aber auch in den Kommunen vor Ort machen wir uns für Sparkassen stark. Zu einem öffentlichen Unternehmen passt es aber gar nicht, dass es Leistungen ausgründet, um so im Niedriglohnsektor Tarifverträge zu umgehen. Deshalb war es für DIE LINKE eine Selbstverständlichkeit, den Streik der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von S-Direkt zu unterstützen. Am 2.

denn er ist ein Beweis dafür, dass sich auch in der Call-Center-Branche was bewegen kann. „Von Halle wird ein Signal nach München, Berlin und Hannover ausgehen, dass man mit Geschlossenheit auch aussichtslose Bedingungen ändern kann“, so Gregor Gysi zu den Streikenden.

DIE LINKE hatte den Streik von Beginn an unterstützt, besonders Dr. Petra Sitte engagierte sich, sie begleitete die Streikenden bei Protestaktionen vor Sparkassen in anderen Städten und war vor Ort, wenn Streikversammlungen waren. Die Landtagsfraktion setzte das Thema auf die Tagesordnung des Landtages und zwang so auch die SPD, deren Vorsitzender Gabriel die Streikenden ebenfalls besuchte, neben Solidaritätsbekundungen auch parlamentarisch klarzustellen, dass Unternehmen, die öffentliche Auftraggeber wie die Sparkassen haben, nicht ohne Tarifverträge mit menschenwürdigen Mindestlöhnen sein dürfen.

Den Beschäftigten von S-Direkt muss man zu ihrem Erfolg und zu ihrem Durchhaltevermögen gratulieren und sich bei ihnen bedanken, da mit ihrem Erfolg auch anderen Call-Center-Mitarbeitern Mut gemacht wurde, dass man gemeinsam etwas erreichen kann.

DIE LINKE wird dort, wo sie in Verwaltungs- und Aufsichtsräten öffentlicher Unternehmen sitzt, weiter dafür streiten, dass Outsourcing mit dem Ziel, Tarifverträge zu umgehen, nicht mehr stattfinden wird.



Direkt, mit 800 Beschäftigten das größte Call-Center der Sparkassen in Deutschland. Für alle Sparkassen wickelt dieses Unternehmen die EC-Kartensperrung ab, für viele Sparkassen übernimmt das Center die Terminvereinbarung und teilweise auch die Kundenberatung. Sparkassen sind öffentliche Unternehmen, sie sollen als regionale Unternehmen für die Bürgerinnen und Bürger und die Unternehmen Bankleistungen jenseits der

November war es dann endlich soweit, nach 117 engagierten Streiktagen kam der Tarifabschluss zu Stande, ein Manteltarifvertrag, der Arbeitsbedingungen regelt sowie eine Mindestvergütung von 8,50 Euro die Stunde, der später auf 9,00 Euro angehoben wird, sind das Ergebnis ihres Arbeitskampfes.

Am 1. November sprach Gregor Gysi zu den Streikenden. Er bedankte sich für ihren Arbeitskampf,

Wahlgeschenke, aber nicht im Interesse der Menschen

Auf dem Koalitionsbasar wurde um Wahlgeschenke gefeilscht, aber keine Politik im Interesse der Menschen gemacht. Wer etwas Vernünftiges wie die Abschaffung der Praxisgebühr, was DIE LINKE als erste und lange als einzige Partei gefordert hatte, mit etwas derartig Unvernünftigem wie der Einführung des Betreuungsgelds verknüpft, hat jeden Anspruch politischer Gestaltung aufgegeben. Dies wird noch deutlicher beim Thema Rente. Die Koalition verhöhnt die Menschen, die von Altersarmut bedroht sind, wenn sie 40 Beitragsjahre und private Altersvorsorge zur Voraussetzung für einen Steuerzuschuss zur so genannten „Lebensleistungsrente“ macht. Dietmar Bartsch, Matthias W. Birkwald, Martina Bunge und Diana Golze zu den einzelnen Ankündigungen:

Rente



Dietmar Bartsch: „Im Koalitionsvertrag des Jahres 2009 steht: ‘Rente ist kein Almosen. Wer sein Leben lang hart gearbeitet hat, der hat auch einen Anspruch auf eine gute Rente. [...] Wir führen in dieser Legislaturperiode ein einheitliches Rentensystem in Ost und West ein.’ Auf dem Koalitionsgipfel hat die Bundesregierung die letzte Chance vertan, ihr Versprechen an die Rentnerinnen und Rentner aus dem Osten einzulösen. Schwarz-Gelb bricht eigenen Koalitionsvertrag. DIE LINKE wird in dieser Frage nicht locker lassen.“



„Was der schwarz-gelben Koalition hilft, hilft noch lange nicht gegen Altersarmut“, kommentiert Matthias W. Birkwald den Beschluss der Koalition zur Rente. Birkwald weiter: „Die Beschlüsse gehen an den Ursachen und an den Auswirkungen der Altersarmut vorbei. Wir brauchen stattdessen ein vernünftiges Rentenniveau und eine Solidarische Mindestrente.“

Praxisgebühr



„Die Regierung tauscht die unsinnige Praxisgebühr gegen ein unsinniges Betreuungsgeld aus. Tiefer kann das Niveau in der Politik kaum sinken“, erklärt Martina Bunge: „Dieser miese Tausch ist ein Schlag ins Gesicht aller, die sich mit der Abschaffung der Praxisgebühr für eine gerechtere Politik stark gemacht haben.“

Betreuungsgeld



Diana Golze: „Das Betreuungsgeld ist sozialpolitisch unverantwortlich und bildungspolitisch ein Offenbarungseid. Gerade Kinder aus Familien mit geringem Einkommen werden den Preis zahlen für den Kotau vor den bayerischen Hinterwäldlern. Absehbar wird der Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz ab August 2013 nicht eingelöst werden können, da das Geld für Unsinn verknallt wird. Was ebenfalls aussteht: Die Ausweitung der Altersgrenzen für den Unterhaltsvorschuss auf 14 Jahre. Dies ist zwar im Koalitionsvertrag verankert, doch diese Koalition kümmert sich am allerwenigstens um die Belange von alleinerziehenden Frauen und deren Kinder. Die Linke wird daher am Freitag die Koalition über ihre eigenen Zielvorgaben abstimmen lassen.“

zum Stadtparteitag am 1. Dezember

Liebe Genossinnen und Genossen,

neue Wege, auch in unserer Partei gehen, mehr Mitgliederbeteiligung zu ermöglichen, das hat sich der Stadtvorstand auf die Fahnen geschrieben. Einen neuen Weg, den wir gehen wollen, ist unseren Stadtparteitag künftig als Gesamtmitgliederversammlung des Stadtverbandes durchzuführen. Deshalb wird der Stadtvorstand in den nächsten Tagen jedem Mitglied eine Einladung zum Stadtparteitag am 1. Dezember zusenden. Natürlich wissen wir, dass nicht Jede und Jeder daran teilnehmen kann, wir hoffen aber, dass von unseren 547 Mitgliedern viele kommen und sichergestellt ist, dass jeder Basisorganisation vertreten ist. Der Stadtparteitag ist das höchste Gremium unseres Stadtverbandes, er beschließt die Grundsätze unserer Politik und trifft wichtige organisatorische Entscheidungen.

Und genau das steht auf der Tagesordnung, wir wollen diskutieren, wie wir uns in den kommenden Jahren aufstellen, wie wir in die Bundestagswahl 2013 und in die Kommunalwahl 2014 gehen wollen. Insbesondere die langfristige Vorbereitung der Kommunalwahl 2014 ist die ureigenste Aufgabe des Stadtverbandes. Mit welchen Inhalten, mit welchen Vorschlägen, aber auch mit welchen Kandidatinnen und Kandidaten wollen wir die Hallenserinnen und Hallenser überzeugen, DIE LINKE zu wählen? Wir haben in diesem Jahr Erfahrungen bei der Oberbürgermeisterwahl gesammelt, auch ich habe als Kandidat der LINKEN viel dazugelernt. Eine wichtige Erkenntnis ist, dass man eben nicht zu spät anfangen darf, die Personen, die für unsere Inhalte stehen, bekannt zu machen, Kommunalwahlen sind auch Personenwahlen. Der Stadtparteitag muss auch eine Grundsatzentscheidung treffen, ob wir wieder Parteilose einladen, auf unseren Listen zu kandidieren. Eine weitere Schlussfolgerung aus der Oberbürgermeisterwahl für mich war, dass wir in den Stadtgebieten, wo sich viele Menschen enttäuscht von jeglicher Politik abgewendet haben, stärker präsent sein müssen, auch dann, wenn keine Wahlen anstehen. Lasst uns auf dem Stadtparteitag darüber sprechen, wie wir es angehen wollen. Auch Organisatorisches gilt es zu meistern, wir müssen die 14 Genossinnen und Genossen wählen, die unseren Stadtverband auf den Landesparteitagen vertreten sollen. Eine „Versammlung in der Versammlung“ wird die Wahl der Vertreterinnen und Vertreter, die im März die Landesliste zur Bundestagswahl aufstellen werden, auch hier entsenden wir 14 Delegierte.

Wie wollen wir unseren Stadtverband weiter organisieren? Unsere Basisorganisationen arbeiten erfolgreich, oftmals sind sie eingespielte Teams. In den vergangenen 5 Jahren haben sich aber auch Basisorganisationen zusammengeschlossen bzw. Ortsverbände gebildet. Der Stadtvorstand hält es für notwendig, dass wir nun flächendeckend Ortsverbände bilden, um in den Stadtteilen politisch handlungsfähiger zu werden und den Genossinnen und Genossen, die zur Zeit keiner Basisorganisation angehören, einen Ort für ihr Engagement anzubieten. Die Ortsverbände sollen die Basisorganisationen nicht ersetzen, sondern als zusätzliche Struktur die politische Wirksamkeit erhöhen und die Parteilarbeit öffentlichkeitswirksamer für ihr Gebiet gestalten. Lasst uns diese Frage auf dem Stadtparteitag diskutieren und gemeinsame Festlegungen treffen.

Den Stadtparteitag einleiten wird Petra Sitte, sie wird ihre Gedanken zu den Herausforderungen des kommenden Jahres mit der Bundestagswahl vortragen, was die Grundlage für die Diskussion zur Strategie unseres Stadtverbandes im kommenden Jahr sein wird. Ich hoffe auf eine angeregte Diskussion mit vielen neuen Ideen für unsere Arbeit vor Ort.

Die nächsten Vorstandswahlen werden im Herbst 2013 stattfinden, auch die gilt es vorzubereiten, damit wir als Stadtverband selbstbewusst und optimistisch in die Zukunft blicken können. Apropos Zukunft, in den letzten Jahren hat die Linksjugend.solid Halle und der sds erfolgreich gearbeitet, nicht alle seine Mitglieder sind Mitglieder unserer Partei, aber sie prägen natürlich das Bild unserer Partei mit. Unsere Satzung erlaubt es, auch Nichtmitgliedern auf dem Stadtparteitag Stimmrecht zu geben, ich werbe ausdrücklich dafür, dass wir das auch tun. Ich freue mich auf einen diskussionsfreudigen Stadtparteitag und eine erfolgreiche Arbeit als sein wichtigstes Ergebnis.

Mit solidarischen Grüßen

Swen Knöchel

Vorschlag für die Verschärfung der Transparenz-Regelung der Einkünfte von Abgeordneten im Landtag von Sachsen-Anhalt

Die Landtagsfraktion DIE LINKE hat im Ergebnis eines längeren Verständigungsprozesses einen Vorschlag für die Verschärfung der Transparenz-Regelung der Einkünfte von Abgeordneten im Landtag von Sachsen-Anhalt beschlossen. Diese Vorschläge zielen auf eine Änderung der Geschäftsordnung des Landtages. Einerseits soll die Information der Bürgerinnen und Bürger verbessert werden, andererseits geht es darum, das Transparenzgebot über die Einkünfte von Abgeordneten wirkungsvoller auszugestalten. DIE LINKE unterbreitet diesen Vorschlag den anderen Fraktionen des Landtages zur. Dem Landtagspräsidenten und den Fraktionen von CDU, SPD und Bündnis90/DIE GRÜNEN wurde dieser Vorschlag übermittelt.

Die bisherigen Verhaltensregeln für Mitglieder des Landtages von Sachsen-Anhalt in unserer Geschäftsordnung schlagen wir wie folgt vor zu ändern:

- 1.** Die Mitglieder des Landtages haben im Handbuch des Landtages anzugeben Beratungstätigkeiten, die Vertretung fremder Interessen, die Erstattung von Gutachten sowie publizistische und Vortragstätigkeiten, soweit diese Tätigkeiten entgeltlich sind und nicht im Rahmen des ausgeübten Berufes liegen (nicht nur gegenüber dem Präsidenten). Die damit verbundenen Einkünfte sind jährlich im darauffolgenden Jahr zu veröffentlichen.
- 2.** Ehrenamtlichen Tätigkeiten als Mitglied eines Vorstandes, Aufsichtsrats, Verwaltungsrats, sonstigen Organs oder Beirats einer Gesellschaft, Genossenschaft, eines in einer anderen Rechtsform betriebenen Unternehmens oder einer Körperschaft, Stiftung und Anstalt des öffentlichen Rechts sowie ehrenamtliche Funktionen in Berufsverbänden, Wirtschaftsvereinigungen, sonstigen Interessenverbänden oder ähnlichen Organisationen auf Landes- oder Bundesebene sind anzuzeigen. Sollten aus diesen Funktionen Einnahmen resultieren, sind diese jährlich in zu erwartender Höhe anzuzeigen.
- 3.** Wird neben der Abgeordnetentätigkeit ein Beruf in abhängiger oder selbständiger Beschäftigung ausgeübt, ist im Handbuch anzugeben, welche geschäftlichen Beziehungen sich zum Land ergeben bzw. welche Abhängigkeiten sich zum Land ergeben.
- 4.** Wirkt ein Mitglied des Landtages an der Beratung oder Abstimmung über einen Gegenstand mit, an welchem es selbst oder ein anderer, für den es gegen Entgelt tätig ist, ein unmittelbares wirtschaftliches Interesse hat, so hat es diese Interessenverknüpfung zuvor offen zu legen. Daraus leitet sich ein unmittelbares Mitwirkungsverbot ab.
- 5.** Kommunale Mandate sowie die daraus resultierenden Aufwandsentschädigungen sind im Handbuch des Landtages anzuzeigen.

Diese Vorschläge beziehen sich ausdrücklich auf die Änderung der Geschäftsordnung des Landtages von Sachsen-Anhalt mit dem Ziel der Offenlegung der Einkünfte von Abgeordneten, soweit es einen Zusammenhang oder einen möglichen Interessenkonflikt mit dem Abgeordneten-Mandat gibt. Diese Vorschläge beziehen sich nicht auf allgemeine Überlegungen zur Änderung der Partei-Finanzierung und Änderung gesetzlicher Bestimmungen zur Korruptionsbekämpfung.

Das kommunalpolitische Forum lädt ein:

am Donnerstag, dem 29. November zum Thema: Beteiligungsmanagement in der Stadt Halle (Saale)

Als Referent und Diskussionspartner konnten wir Herrn Heinrich Lork, Vorstand der BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale) gewinnen. Wesentliche Aufgaben der BMA sind die Beteiligungsverwaltung, das Controlling sowie das Management mit dem Ziel, die Finanzkraft der Stadt zu stärken. Mit seiner langjährigen Erfahrung wird uns der Referent die Verantwortung der Verwaltungsratsmitglieder dabei erläutern und auf Fragen antworten.

ab 18 Uhr, Blumenstr. 16

Abrakadabra Kamera

Delictum – Hokuspokus, Verschwindibus!

Eine neue Zauberformel zur Bekämpfung der Straßens- kriminalität? Ja, wenn es nach dem Willen von Bundes- innenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) geht. Denn dieser möchte auf öffentlichen Plätzen die Video- überwachung ausweiten. Anlass für die Debatte ist der tödliche Vorfall am Berliner Alexanderplatz.

Diese Forderung ist nicht neu und wird immer wieder gestellt, sobald Vorfälle wie diese in den Medien kon- trovers diskutiert werden. Der Bundesminister für Inneres verweist auf die abschreckende und präventi- ve Wirkung von Videokameras, da die Gewalttäter wissen, dass sie unter Beobachtung stehen. Zugleich sprach sich der CSU-Politiker für mehr Polizeistreifen im öffentlichen Raum aus. Bedauerlicherweise ist dies der falsche Ansatz, weil wie immer nur die Symptome und nicht die Ursachen bekämpft werden. Vermutlich wird sich die Kriminalität in die „Seitenstraßen“ ohne Videokameras verlagern. Außerdem können Video- kameras nur beobachten und nicht aktiv in das Gesche- hen eingreifen. Höchstwahrscheinlich ist das Geld der Steuerzahler in Präventionsprojekten besser aufgehoben. Diese müssen auch in Zukunft stärker gefördert werden. „(H)alle gegen Mobbing“ ist zum Beispiel ein solches Projekt, das unter der Verantwortung des

Jugendamtes angelaufen ist. Ein weiteres Beispiel, ist der Verein Boxing Eintracht Halle mit seinem Projekt „Boxen statt Gewalt“. Die Polizei könnte in Koopera- tion mit Sportvereinen spezielle Kurse anbieten, bei denen die Bürgerinnen und Bürger das Verhalten in Gefahrensituationen erlernen können. Dazu sollte auch ein Grundkurs zur Selbstverteidigung gehören. Kinder und Jugendliche brauchen in der Gesellschaft einen festen Platz und eine Perspektive, die sie in der jetzigen Gesellschaft nicht bekommen. Deshalb muss die jetzi- ge Bildungs-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik in Frage gestellt und nicht der Überwachungsstaat heraufbe- schworen werden. Menschen, die in ständiger Angst und Unsicherheit leben müssen, neigen aus diesen oder jenen Gründen zur Gewalt. Das gleiche gilt natürlich für Erwachsene, da sich der angestaute Frust irgendwann entladen kann. Den Sicherheitsfanatikern sei gesagt: „Hundertprozentige Sicherheit kann und wird es nicht geben. „Wer die Freiheit aufgibt, um Sicherheit zu gewinnen, wird am Ende beides verlieren.“ Gewalt hat viele Ursachen, man bekämpft diese aber bestimmt nicht mit ein paar Videokameras und einer Handvoll Streifenpolizisten.

Marcel Kieslich, Stadtvorstand

NSU-Terrorserie: Wo bleiben ernsthafte Konsequenzen?

Fortsetzung von Seite 1

Was muss noch passieren?

Vieles ist noch zu tun.

Die Gründe für das Agieren der Sicherheitsbehörden sind noch nicht vollends aufgeklärt, ebenso wenig die Verstrickungen des Verfassungsschutzes.

Ein Verfassungsschutz, der Nazi-Strukturen über V- Leute stützt, der sich öffentlicher Kontrolle entzieht, der vertuscht, ist gefährlich und antidemokratisch, er wird selbst zur Bedrohung für unsere Verfassungswerte.

Zivilgesellschaftliche Strukturen müssen stattdessen gestärkt, finanzielle Mittel für Projekte gegen Rechts dürfen nicht gekürzt werden. Die pauschale Diskredi-

tierung dieser Initiativen und Vereine seitens der Bun- desregierung durch die so genannte Extremismus- klausel ist mehr als eine schwere Belastung im Kampf gegen Rassismus und Antisemitismus - sie ist sympto- matisch für regierende Politik und Verfassungsschutz. Antifaschismus ist eine Grundhaltung unserer Partei, so steht es in unserem Programm. Lassen wir gemein- sam mit vielen Bürgerinnen und Bürgern nicht nach in unserem Engagement, die Auseinandersetzung mit ras- sistischen und menschenverachtenden Einstellungen und Ideologien nimmt uns keiner ab. Stärken wir die Demokratie, indem wir uns einmischen - vor Ort, bei Demonstrationen und in den Parlamenten.

Linkes Blatt

Impressum:

DIE LINKE Halle, Stadtvorstand
Blumenstraße 16
06108 Halle (Saale)
Telefon 0345 / 20 255 90

eMail:

linkesblatt@dielinke-halle.de
Swen Knöchel (v.i.S.d.P)
Herstellung: Eigendruck
Erscheinungsweise: 14 - tägig

Auflage: 600 Exemplare

Spende erbeten

Endredaktion dieser Ausgabe:
08.11.2012
Redaktionsschluss der nächsten
Ausgabe: 22.11.2012